

se für 50.000 Hongkonger Familien (rd. 225.000 Personen) mit Niederlassungsrecht in Großbritannien erlaubt und ihnen damit eine Rückendeckung für die Zukunft nach der Rückgabe der Kronkolonie an China 1997 gewährt. Die Erteilung der Pässe wird in zwei Etappen durchgeführt: In der ersten ist eine Quote von über 43.000 Familien zugelassen. Laut offiziellen Angaben sind 65.000 Anträge eingereicht worden. Mit rd. 12.000 liegen die Anträge von Managern und Verwaltern unter der für diese Berufsgruppen zugeteilten Quote von über 14.000. Bei anderen Gruppen gibt es allerdings mehr Anträge als die zugeteilte Quote zugeht. (DGB, 24.6.91)

Einer IHT-Meldung vom 25./26.Mai zufolge kehren inzwischen immer mehr Auswanderer, die meist dem Mittelstand angehören, nach dem Erwerb einer ausländischen Nationalität oder Niederlassungsberechtigung wieder nach Hongkong zurück. 7.000 der 18.000 australischen und gut die Hälfte der 20.000 US-amerikanischen Bürger in der Kronkolonie sind z.B. nach konsularischen Angaben Hongkonger Rückwanderer. Auch die Kanadier, die eine halbe Million Einwanderer aus Hongkong haben, bestätigen den Anstieg der Anzahl von Rückwanderern nach Hongkong. Im letzten Jahr erreichte die Zahl der Hongkonger, die auswanderten, eine Höhe von 62.000. Ein Experte der Firma Barsing Securities (Hongkong) glaubt an einen Rückgang der Auswandererzahl 1991 und 1992, und zwar auf 55.000 bzw. 50.000. Dem schließen sich die Konsultsbeamten Australiens, Kanadas und der USA jedoch nicht an.

Nach dem vorläufig bekanntgegebenen Ergebnis der jüngsten Volkszählung im März d.J. hat Hongkong 5.698.000 Einwohner, darunter 35.000 Durchreisende und 52.000 vietnamesische Flüchtlinge. Im Vergleich zu 1981 ist die Bevölkerungszahl innerhalb von zehn Jahren um 11,5% oder 588.000 gestiegen. Die durchschnittliche Jahresbevölkerungszuwachsrates ist von 1,5% in der ersten Hälfte des Jahrzehnts auf 0,7% in der zweiten gesunken. (XNA, 7.5.91) -ni-

Oskar Weggel

China - ein Friedensstifter in Nahost?

Zur Sechsländerreise Li Pengs

Gliederung:

- 1 Li Pengs Nahostmission
- 2 Drei Hauptinteressen Chinas
- 3 Eine Nachkriegsordnung für Nahost
 - 3.1 Die geplante Regionalkonferenz
 - 3.1.1 Chinas Haltung zum formellen Prozedere
 - 3.1.2 Chinas Haltung zur Ausgestaltung der Friedensordnung
 - 3.2 China und die Abrüstung in Nahost
 - 3.2.1 Vor einem neuen Rüstungswettlauf?
 - 3.2.2 Chinas Haltung zur Abrüstung in der Theorie
 - 3.2.3 Die Praxis: Chinas Waffengeschäfte
- 4 Verhandlungsgegenstände bei der Li Peng-Reise
 - 4.1 Das Thema Nahostkonferenz
 - 4.2 Welche Themen wurden sonst noch angesprochen?
 - 4.3 Das Gesprächsprogramm in den einzelnen Ländern
 - 4.4 China - ein Freund der nahöstlichen Länder?

1

Li Pengs Nahostmission

Ziemlich genau ein halbes Jahr nach Beendigung des Golfkriegs begab sich Ministerpräsident Li Peng auf eine Nahostreise, deren Hauptziel es war, Chinas Profil in dieser Region zu

schärfen. Vom 2. bis 14.Juli stattete er den Ländern Ägypten, Jordanien, dem Iran, Saudi-Arabien, Syrien und Kuwait offizielle Besuche ab. Hauptthemen waren das Nahost- und das Palästina-, doch zunehmend auch das Abrüstungsproblem, das ja, wie es immer wieder hieß, einen integrierenden Bestandteil der Nahost-Befriedung bilde.

Bereits wenige Monate vorher, vom 18. bis 27.Dezember, hatte ein anderer chinesischer Spitzenpolitiker, Staatspräsident Yang Shangkun, vier nahöstlichen Ländern einen Besuch abgestattet, nämlich Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und dem Sultanat Oman. Es war dies die erste Nahostreise eines Spitzenpolitikers nach dem Massaker von Beijing (Näheres dazu C.a., Dezember 1989, Ü 5).

Auch nach dem Golfkrieg hatte China eine intensive Nahostpolitik entfaltet. Allein im April 1991 wurden eine Sonderdelegation des marokkanischen Außenministeriums,¹ eine Delegation aus Libyen,² und eine tunesische Delegation unter Leitung des Staatspräsidenten Ben Ali³ in Beijing empfangen.

Zu intensiven Gesprächen kam es auch mit Syrien, weshalb sich China, wie unten noch auszuführen, zugute hält, daß die Zustimmung Assads zu einer internationalen Nahostkonferenz nicht zuletzt auch ein chinesisches Verdienst sei.

Noch während sich Li Peng im Nahosten aufhielt, besuchten zwei nahöstliche Spitzenpolitiker umgekehrt die VR China, nämlich eine Delegation des Libyschen Allgemeinen Volksrats⁴ und der Kulturminister von Oman.⁵

2

Drei Hauptinteressen Chinas

Für China sind dabei drei Interessen im Spiel, nämlich das Bestreben, (1) eine Pax americana zu verhindern, (2) einen Anteil an den wirtschaftlichen Gewinnaussichten sicherzustellen, die sich im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau in Kuwait, im Iran und vielleicht auch im Irak ergeben, und (3) das in den vergangenen Monaten lädierte Gesicht Chinas wiederherzustellen.

Gerade im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt hatte die VR China erfahren müssen, wie weit sie noch von einem Großmachtsstatus entfernt ist.

Am 13. und 14. November hatte Außenminister Qian Qichen persönlich den Irak besucht und dort auf Saddam Hussein eingeredet, seine Truppen doch noch schnell aus Kuwait zurückziehen. Er mußte hierbei die Grenzen der chinesischen Diplomatie kennenlernen - eine demütigende Erfahrung! Entsprechend wortkarg verhielt sich Qian nach seiner Rückkehr in die VR China.⁶

Beijing hatte sich auch nicht gerade mit Ruhm bedeckt, als es sich bei der Entscheidung über die UNO-Resolution Nr. 678, die den Weg für eine militärische Intervention der UNO in den Irak bahnte, der Stimme enthielt, also mit "Jein" reagierte, wo es doch nach allem, was es bisher hatte verlauten lassen, ein Veto hätte einlegen müssen.

Dieses zwiespältige Verhalten hing nicht zuletzt auch damit zusammen, daß pragmatische Interessen Chinas und außenpolitische Prinzipien miteinander kollidierten: Pragmatisch war die Überlegung, daß der "Westen" im Golfkrieg nicht verlieren dürfe; hängt doch Chinas künftige Prosperität nicht zuletzt von einem prosperierenden Westen ab; außerdem hatte sich der Irak als Störenfried erwiesen, der sich mit zahlreichen Verbündeten Chinas in der Region anlegte, sei es nun mit dem großzügigen Geldgeber Kuwait, mit dem Iran, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, in denen China ja Tausende von Arbeitskräften beschäftigt, oder aber mit dem neuen Verbündeten Saudi-Arabien.

Andererseits will Beijing in Nahost aber als Friedensbefürworter und als Protagonist der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Erscheinung treten.

Auch mit der PLO mußte China am Vorabend und während des Golfkriegs schwere Enttäuschungen - und einen weiteren Gesichtverlust - erleben. Verhielt sich die Palästinenserorganisation doch in fast allen Belangen konträr zu den Vorstellungen Beijings, das immer geglaubt hatte, einen besonderen Einfluß auf die von ihm seit Jahrzehnten so vorbehaltlos unterstützte Organisation zu haben.

Auch sonst zeigte die VR China ein Verhalten, das bisweilen als obskur erscheinen mußte und nicht gerade zu einem seriösen Ruf beitrug. Einen besonders merkwürdigen Eindruck hinterließen beispielsweise die chinesischen Waffenlieferungen in den Nahen Osten und die zwiespältigen Beziehungen zu Israel.

Bisher ist die Volksrepublik das einzige der Fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, das keine offiziellen Beziehungen zu Jerusalem unterhält. Mehr noch: Beijing hat zwar diplomatische Beziehungen mit dem "Staat Palästina", nicht jedoch mit Israel. Allerdings bestehen mehrere inoffizielle Gesprächskontakte; u.a. gibt es in der Person des "Beraters" der "Israelischen Akademischen Mission" in der chinesischen Hauptstadt, Ze'er Sufit, einen Repräsentanten, der als Quasibotschafter auftritt (dazu C.a., April 1991, Ü 4). Außerdem arbeiten Israel und China auf waffentechnischem Gebiet eng zusammen. Zwischen 1976 und 1988 beispielsweise hat Israel⁷ moderne Waffen im Gegenwert von rd. 4 Mrd. US\$ an die Volksrepublik geliefert. Israelische Militärberater wurden in China Ende der 70er Jahre immer häufiger gesehen.⁸ Die 105-mm-Kanonen auf den chinesischen T-69-Panzern stammen aus israelischer Produktion. Außerdem hat Israel die VR China mit Raketenköpfen und mit panzerbrechender Munition beliefert (dazu auch C.a., Januar 1991, S.30).

Offiziell gab auch Außenminister Qian Qichen zu, daß zwar keine "politischen Beziehungen zwischen China und Israel" bestünden, daß aber beide Seiten "im Land des jeweils anderen Büros eingerichtet haben". Auch habe ein "israelischer Offizieller" vor kurzem in "inoffizieller Eigenschaft" die VR China besucht.⁹

Ende Juli begann eine Delegation der Israelischen Arbeiterpartei unter der Führung des Knesset-Mitglieds Lova

Eliav einen 12tägigen Besuch in der VR China.¹⁰ Die Delegation wurde u.a. vom Stellvertretenden Außenminister Yang Fuchang empfangen.

Wie es um die beiden anderen Ziele, nämlich die Verhinderung einer Pax americana und die Einwerbung von Wiederaufbau-Aufträgen bestellt ist, sei nachfolgend dargelegt.

3

Eine Nachkriegsordnung für Nahost

3.1

Die geplante Regionalkonferenz

In Nahost geht es seit Anfang März 1991 um die Gestaltung der regionalen Nachkriegsordnung.

Am 28. Februar 1991 gab US-Präsident Bush in einer Fernsehansprache bekannt, daß Kuwait befreit, der Golfkrieg im wesentlichen beendet und ein De-facto-Waffenstillstand erreicht sei, den die alliierten Truppen einhalten würden, falls nichts Unvorhergesehenes geschehe. Damit war ein 6wöchiger Luft- und ein 100stündiger Bodenkrieg beendet.

Damit aber tauchte die Frage eines formellen Waffenstillstands auf, die wiederum mit zwei Problemen verbunden war, nämlich dem formellen Procedere und der inhaltlichen Ausgestaltung.

3.1.1

Chinas Haltung zum formellen Procedere

Auf welchem formellen Weg nun könnte die Lösung der Nahostfrage angegangen werden?

Einige Staaten, wie beispielsweise die UdSSR und Frankreich, bestanden von Anfang an auf einer internationalen Nahostkonferenz, während einige andere Staaten eher auf bilaterale Kontakte drängten, vor allem Israel.

Für eine internationale Konferenz setzte sich neben Washington u.a. auch die VR China ein. Fraglich war jedoch, ob auch die arabischen Staaten hier mitziehen würden. Doch hier gab es eine überraschende Wende, die u.a. von Beijing als "historisch" bezeichnet wurde. Mitte Juli nämlich erklärte ausgerechnet Syrien eine solche regionale Friedenskonferenz zwecks umfassender Lösung der Nahost-Probleme für akzeptabel. Washington hatte eine sol-

che Konferenz mit dem Ziel vorge schlagen, daß nach der Eröffnung u.a. auch direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern sowie zwischen Israel und den arabischen Ländern beginnen sollten. Solche Direktgespräche waren von arabischer Seite bisher noch allemal abgelehnt worden.

Damit lag der Schwarze Peter bei Israel, das ja erstens die PLO noch nie als Verhandlungspartner anerkennen wollte, das ferner die Idee "Land für Frieden" noch allemal zurückgewiesen hatte, und das drittens nichts gegen die Neubesiedlung der Westbank und des Gazastreifens unternahm.

China glaubt, das Hauptverdienst an dieser syrischen Zustimmung zu haben; hatte es doch gerade im April 1991 intensive Gesprächskontakte mit Syrien geknüpft. Damals war eine Delegation unter der Leitung einer der "grauen Eminenzen" Chinas, nämlich Gu Mus, in Damaskus eingetroffen, nachdem bereits vorher eine Parteidelegation der syrischen Ba'th-Partei in Beijing hospitiert hatte.¹¹ Es sei damals, wie es in den Verlautbarungen hieß, das gesamte Spektrum der Nahostfrage erörtert worden. China habe dabei seine Vorstellungen einbringen können.

Am Rande der Gespräche zwischen Gu Mu und Assad¹² war es am 27. Mai zur Gründung der Syrisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung gekommen¹³ - "der ersten ihrer Art zwischen beiden Ländern seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 1. August 1956", wie es im chinesischen Kommentar hieß.¹⁴

Auch hat China an Syrien möglicherweise Raketen verkauft.¹⁵

3.2.1

Chinas Haltung zur Ausgestaltung der Friedensordnung

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Nachkriegsordnung befürchtet Beijing einen erdrückenden Einfluß der USA, die ja bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ständig versuchten, ihren Einfluß in Nahost auszuweiten und dabei nicht nur die Ölversorgung sicherzustellen, sondern auch ihre eigenen strategischen Positionen dort auszubauen. "Zweimal entsandten die USA Truppen in den Libanon, praktizierten 'Eisenhowerismus' und 'shuttle

diplomacy', inszenierten das Abkommen von Camp David und entwarfen einen 'Rogers Plan' - und dann wieder einen 'Reagan Plan'. Trotz dieses Einsatzes von Waffen und Gesprächen hat sich aber eine Pax americana in der Region nie verwirklichen können; vielmehr blieb die Situation hoffnungslos verknotet."¹⁶ Leider beruhen auch die heutigen Vorstellungen der USA immer noch auf den Richtlinien des Camp David-Abkommens von 1978, das zwischen den USA, Israel und Ägypten ausgehandelt worden war, und das offensichtlich einseitig Israel begünstigte. Israel habe sich lange Zeit geweigert, an einer internationalen Friedenskonferenz über Nahost teilzunehmen und wünsche statt dessen einen "einseitigen Frieden" mit den Arabern unter US-"Garantie" bei gleichzeitiger Ausklammerung der Palästina-Frage. Es sei nun einmal eine Tatsache, daß die Palästina-Frage das Herzstück der gesamten Nahost-Problematik sei. Es gebe keinen Nahostfrieden, wenn die Palästinenser-Frage nicht gelöst werde.¹⁷

Hinzu kommt, daß inzwischen die zweite bisher etablierte Großmacht, die Sowjetunion, schnell an Einfluß zu verlieren beginnt und die USA im Gefolge des gewonnenen Golfkriegs deshalb stärker noch als bisher im Begriffe sind, auch in Nahost als einzige noch verbliebene Supermacht präsent und damit in der Lage zu sein, eine Pax americana zu errichten.

Eine solche amerikanisch eingefärbte "Nachkriegsordnung" in der Golfregion aber spricht allen Vorstellungen Beijings Hohn. Hier mußte dagegen gehalten werden, zumal man in China der Ansicht ist, daß der Golfkrieg bei weitem nicht alle Probleme in der Region gelöst, sondern manche Fragen sogar noch verschärft hat: Über die tiefen Kriegswunden in Kuwait und im Irak hinaus habe der Krieg die Streitigkeiten unter einigen arabischen Staaten in einem nie gekannten Ausmaß verschärft. Einen schweren Rückschlag habe vor allem die PLO erlitten, nachdem sie Saddam Hussein in seinen Golfkriegszielen unterstützt hatte, weshalb sie von seiten der Golfstaaten inzwischen keine finanzielle Unterstützung mehr erhält. Darüber hinaus sei Israel der politisch, wirtschaftlich und militärisch eigentliche Gewinner des Golfkriegs gewesen - ein Umstand, der nicht gerade zur Beruhigung der Ara-

ber beitrage. Auch seien alle Staaten bereits wieder emsig damit beschäftigt, sich erneut mit Waffen einzudecken, und zwar hauptsächlich mit jenen Hightech-Produkten, die ihre Probe während des Golfkriegs so glänzend bestanden haben.

Die drei Hauptziele, die die USA bei Beginn der Golfkrise öffentlich bekanntgegeben hatten, waren der irakische Rückzug aus Kuwait, die Wiederherstellung der legitimen Regierung von Kuwait und die Sicherstellung von Frieden und Sicherheit in der Golfregion, einschließlich der Sicherheit der dortigen US-Bürger. Nachdem die ersten beiden Punkte mit der Vertreibung des Irak aus Kuwait und mit der Rückkehr des kuwaitischen Regimes erfüllt waren, blieb "nur" noch die Gestaltung der Nachkriegsordnung auf der Tagesordnung.

Viele Fragen waren dabei zu beantworten: Sollte in der Region eine Organisation à la NATO oder ein System à la KSZE oder ein regionales Sicherheitssystem anderer Art installiert werden?

Die Einrichtung einer NATO-ähnlichen Organisation würde die Errichtung von US-Stützpunkten nach sich ziehen, würde gleichzeitig allerdings auch antiamerikanische Emotionen wachrufen. Gleichwohl befürwortet Washington diese Linie. In diesem Zusammenhang fand Xinhua sogleich drei Punkte heraus, die im amerikanisch-arabischen Verhältnis kontrovers werden könnten, weil sie sich fast alle auf eine Vorherrschaft der USA in Nahost beziehen, nämlich (1) die Frage, ob die USA das Recht haben, gegen den Irak jederzeit wieder offensive Operationen aufnehmen zu dürfen; (2) die Frage, ob die Sanktionen, vor allem der Wirtschaftsboykott gegen den Irak, wieder aufgehoben werden sollen und (3) die Frage, ob die multinationalen Kräfte im südlichen Irak und in der Golfregion noch weiterhin stationiert bleiben sollen.¹⁸

China wendet sich in allen drei Fragen gegen die jeweilige "US-Alternative". Vor allem fordert es eine möglichst schnelle Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak und befindet sich hierbei in Gesellschaft mit Kuba und Japan.¹⁹

Eine locker gefügte KSZE andererseits wäre wohl kaum in der Lage, neue militärische Konflikte zu verhindern.

Was nun die dritte Version anbelangt, nämlich die Errichtung eines innerarabischen Sicherheitssystems, das nicht-arabische Staaten ausschließt, so ist es ebenfalls problematisch, da beispielsweise die Türkei und der Iran nicht mitbeteiligt würden - von Israel ganz zu schweigen.

Offensichtlich sind hier Kompromisse nötig.

Die optimale Lösung bestünde darin, daß die Region Nahost ihre Probleme selbst in den Griff bekommt, so daß jegliche Intervention von außen her überflüssig würde. Mindestelemente einer solchen Optimallösung wären erstens eine Rüstungskontrolle, zweitens die Verringerung der Kluft zwischen reichen und armen Staaten, drittens ein Kriegsfolgenausgleich zwischen dem Irak und den geschädigten Nachbarländern und viertens eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts.

Solange eine solche Gesamtlösung nicht möglich ist, werden wohl auch die UNO-Streitkräfte - und hier wiederum vor allem die US-Streitkräfte - in der Region bleiben müssen.

3.2

China und die Abrüstung in Nahost

3.2.1

Vor einem neuen Rüstungswettlauf?

Zur Befriedung der Region Nahost gehört auch eine umfassende Rüstungskontrolle. Einer der Hauptgründe für die Verschärfung der Konfrontation und für die andauernden Kriege in Nahost bestand ja im permanenten Rüstungswettlauf. Nahezu die Hälfte der in der gesamten Dritten Welt abgesetzten Militärgüter landete in den vergangenen Jahren in der dortigen Region. In dieser Beurteilung und in der Forderung nach einer Abrüstung stimmen alle Beteiligten überein. Die Praxis freilich sieht anders aus - und nicht nur Beijing erwartet dort einen neuen Aufrüstungswettlauf.²⁰

Noch im Zeichen des bevorstehenden Golfkriegs hatten zahlreiche Länder des Nahen Ostens für regionale Rüstungsbegrenzungen plädiert. Auch für die USA sei eine Reduzierung der Waffenvorräte in der Region Hauptbedingung einer friedlichen Nachkriegsordnung in Nahost.

Die "smart weapons", deren ganzen Fächer die USA während des Golfkriegs so eindrucksvoll ausgebreitet

haben, weckten jedoch offensichtlich bei zahlreichen Ländern der Region den Appetit, solche Hightech-Waffen ebenfalls zu besitzen. Der Wunsch scheint bei Israel, das ja mehrere Wochen lang dem Raketenbeschuß des Irak ausgesetzt war, besonders stark ausgeprägt zu sein, er kam aber auch bei den anderen direkt oder indirekt am Krieg beteiligten Ländern auf.

Die USA stehen damit vor einem Dilemma: Auf der einen Seite drängt die Waffenindustrie darauf, ihre Hightech-Produkte, für die während der kriegesischen Ereignisse so eindrucksvoll Reklame gemacht worden war, nun auch in großem Stil zu vermarkten. Auf der anderen Seite mußte die amerikanische Politik im Interesse einer Beruhigung des Nahen Ostens auf unterschiedene Rüstungskontrollen drängen.

Was tun? Washington scheint sich inzwischen dazu durchgerungen zu haben, einerseits auf ein Ausfuhrverbot von ABC-Waffen zu drängen, im übrigen jedoch weiter an jenem "konventionellen" Rüstungswettlauf teilzunehmen, der erneut höchst profitabel zu werden verspricht. U.a. planen die USA den Verkauf von F-16-Jägern, von Patriot-Abwehrraketen und von M-1-Panzern im Werte von 18 Mrd. US\$ an sechs Länder des Nahen Ostens, nämlich an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Ägypten, Israel und die Türkei.

Frankreich hat Bestellungen aus Saudi-Arabien, Bahrain, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten für seine "Milan"-Antipanzerraketen und für "Mistral"-Luftabwehrraketen entgegengenommen. Großbritannien hofft auf Verkäufe von Challenger-Panzern und von Tornado-Kampffliegern an Saudi-Arabien sowie an die Vereinigten Arabischen Emirate.

Auch die Sowjetunion verkauft moderne Waffen, einschließlich ihrer MiG-29 an den Iran und an Syrien.

Sogar Bonn ist mit von der Partie und billigte den Verkauf von zwei hochmodernen Diesel-U-Booten an Israel, die Torpedos und Cruise Missiles abfeuern können, und bereitet den Verkauf von "Fuchs"-Kampfwagen an Israel und Saudi-Arabien vor.

3.2.2

Chinas Haltung zur Abrüstung in der Theorie

Im Juni und Juli 1991 hat die VR China ihre Vorstellungen zu den Abrüstungen in Nahost Schritt für Schritt elaboriert und sie stückweise an die Öffentlichkeit gebracht:

- Am 26. Juni 1991 wies Ministerpräsident Li Peng im staatlichen Gästehaus Diaoyutai in Beijing darauf hin, daß China gegenüber der Abrüstungsfrage eine "positive Haltung" einnehmen wolle, und daß es auch mit den Waffenexporten keine Probleme habe, da seine dorthin gelieferten Kontingente "sehr beschränkt" seien. Die chinesische Regierung wolle an allen Gesprächen und Konsultationen über die Abrüstungsfrage teilnehmen und damit zur Stabilität beitragen.

- Am 27.6.1991 gab ein Sprecher des Außenministeriums bekannt, daß China seinen Stellvertretenden Außenminister, Liu Huaqiu, zur Mittelost-Abrüstungskonferenz entsenden werde, die in Paris von den Fünf Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats abgehalten werde. Die Spannungen und das Rüsten in Nahost würden hauptsächlich dadurch verursacht, daß die Lösung der regionalen Probleme immer wieder hinausgezögert worden sei. Die Abrüstung müsse aufs engste mit einer politischen Gesamtlösung der Nahost-Frage verbunden werden. Die Abrüstung sei ein Hauptbestandteil jeder politischen Lösung.

- Am 4. Juli 1991 skizzierte ein Sprecher des Außenministeriums, der Li Peng auf seiner Reise in den Nahen Osten begleitete, die chinesische Haltung in drei Punkten: (1) Die Nahostregion solle ein von ABC-Waffen freier Bereich werden. (2) Bei der Abrüstung müsse das Prinzip einer "umfassenden und balancierten Lösung" beachtet werden. "Umfassend" heiße in diesem Zusammenhang, daß sämtliche Länder der Region teilnehmen, und daß alle Waffen miteinbezogen werden müßten, während mit "balanciert" gemeint sei, daß kein Vorgehen erlaubt werden dürfe, das auf ein Waffenungleichgewicht in der Region hinauslaufe. (3) Das Wettrüsten in Nahost sei dadurch ausgelöst worden, daß über die Jahre hinweg keine Lösung des Nahostproblems, vor allem des arabisch-israelischen Konflikts habe gefunden werden können.

- Am 5. Juli 1991 wiederholte Li Peng bei einer Pressekonferenz in Kairo die 3-Punkte-Erklärung.

- Am 6. Juli 1991 gab ein Sprecher des Außenministeriums, ebenfalls in Kairo, drei weitere Prinzipien bekannt, nach denen China seine künftigen Waffenlieferungen richten wolle: (1) Waffen würden nur zum Zweck der Selbstverteidigung geliefert; (2) China werde stets darauf achten, daß seine Waffenverkäufe die regionale Waffenbalance nicht beeinträchtigen; (3) China wolle mit Hilfe der Waffenverkäufe keinen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten anderer Länder nehmen.

- Am 8. Juli 1991 betonte der Stellvertretende Außenminister Liu Huaqiu, daß die Abrüstung in Nahost in "gleicher, vernünftiger, umfassender und balancierter Weise" erfolgen solle, und daß die Abrüstung einen Teil der politischen Gesamtlösung sein müsse. Weiterhin wies er darauf hin, daß der Löwenanteil der Waffen in Mittelost von den "entwickelten Ländern" geliefert worden seien. Über 70% der Waffenimporte in Nahost zwischen 1985 und 1988 beispielsweise seien von "größeren entwickelten Ländern" gekommen, davon der Löwenanteil wiederum von "zwei Großmächten, deren jährliche Waffenverkäufe sich in der Größenordnung von rd. 10 Mrd. US\$ bewegt hätten.²¹

Er vergaß allerdings hinzuzufügen, daß China selbst mit Waffenlieferungen kräftig von der Partie ist (Näheres dazu unten 3.2.3).

- Am 8. Juli 1991 auch unterstrich Liu Huaqiu bei der UNO-Konferenz in Paris, daß China angesichts der gegenwärtigen komplizierten Weltlage erwäge, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Man vergesse in diesem Zusammenhang nicht, daß China als erster Staat der Welt verkündet habe, Atomwaffen im Falle des Krieges nicht als erster anzuwenden. Ein solches Versprechen hätten diejenigen Großmächte, die über Atomwaffen verfügten, bis heute noch nicht abgegeben.

3.2.3

Die Praxis: Chinas Waffengeschäfte

Ganz im Gegensatz zu ihren "Prinzipien" und Forderungen ist die VR China inzwischen zu einem der Hauptwaffenlieferanten in der Region Nahost geworden. Freilich stellt China

hierbei sein Licht gerne unter den Scheffel und deutet mit spitzem Finger auf die anderen. Selbst will es sich offensichtlich keine wesentlichen Beschränkungen auferlegen, auch wenn seine neueste 3-Punkte-Erklärung in diese Richtung zu weisen scheint. Schon am 27. März 1991 hatte Außenminister Qian Qichen auf Fragen westlicher Reporter am Rande des damaligen Nationalen Volkskongresses darauf hingewiesen, daß es für den Export von konventionellen Waffen keine völkerrechtlichen Bestimmungen gebe. China hoffe, daß "einige große Waffenexportländer in der Welt künftig verstärkt Zurückhaltung üben und sich hierbei ein Beispiel an China nehmen, das ja verantwortungsvolle Selbstbeschränkung treibt" (!). Die Waffenexporte aus China seien "sehr gering". Dabei ist bekannt, daß die Chinesen zwischen 1984 und 1987 Waffen an die Dritte Welt in einer Gesamthöhe von 5,2 Mrd. US\$ verkauft haben - 80% davon an den Iran und den Irak.²² Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Werte von rd. 3 Mrd. US\$ und zur gleichen Zeit den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit Raketen versorgt (weitere Einzelheiten in C.a., Januar 1991, S.30).

Was die Lieferung von Raketen anbelangt, so will sich China offensichtlich auch jetzt nicht festnageln lassen. Qian wies bei der bereits erwähnten Pressekonferenz darauf hin, daß sich sein Land an der Anfang 1991 in Tokyo abgehaltenen Konferenz über Raketenkontrolle, bei der 15 Staaten vertreten waren, nicht beteiligt habe. Aus diesem Grunde seien die dort getroffenen Abmachungen für China auch nicht bindend. China wird also voraussichtlich auch in Zukunft damit fortfahren, Raketen und konventionelle Waffen in das Spannungsgebiet des Nahen Ostens zu liefern.²³

China verniedlicht seine Rolle als Waffenhändler. Hinter der Sowjetunion, den USA, Frankreich und Großbritannien ist es inzwischen jedoch an die 5. Stelle der Waffenlieferanten gerückt und macht alle Anstalten, bis zum 21. Jh. noch weiter auf der Skala nach vorne zu stoßen. Schon heute verkauft es M-9-Raketen an Syrien, M-11-Raketen an Pakistan und CSS-2-Mittelstreckenraketen an Saudi-Arabien. Kurzstreckenraketen der Typenbezeichnung "Seidenraupe" wurden, wie

erwähnt, en masse an den Iran und "Ost-West-Raketen" an Pakistan geliefert.

Eher konventionell sind die Lieferungen von F-7-Jagdflugzeugen, T-69-Panzern, gepanzerten Mannschaftswagen, Infanteriewaffen (vor allem AK-47-Sturmgewehren) und Munition an Pakistan, Bangladesh, Zimbabwe, Sambia, Ägypten, Birma und Thailand. In westlichen Geheimdiensten geht man ferner in der Zwischenzeit davon aus, daß China sein nukleares Wissen möglicherweise mit Südafrika, dem Irak, Pakistan und Nordkorea teilt. Im April 1991 wurde China erstmals beschuldigt, Algerien beim Bau der ersten Atombombe in der arabischen Welt zu helfen; China allerdings läßt sich nicht davon abbringen, daß es seine Nukleartechnologie lediglich für zivile Zwecke zur Verfügung stelle.

In den letzten Jahren lagen die Waffenverkäufe Chinas bei vermutlich je 1,5 Mrd. US\$ p.a.

Während des iranisch-irakischen Kriegs, der fast die ganzen 80er Jahre hindurch dauerte, war China die einzige Macht, die beide Kontrahenten pünktlich und zuverlässig mit Waffen versorgte: China weiß also, was es heißt, das "Gleichgewicht nicht zu stören"! wohl kaum zu übertreffenden Art!

Seit einiger Zeit gibt es Gerüchte, daß Raketen nun auch an Syrien und Pakistan sowie vielleicht sogar atomare Technologie an Algerien und den Iran geliefert werden sollen.

- Raketenlieferungen: In Kairo wick Li bei seiner dortigen Pressekonferenz geschickt der Frage aus, ob sein Land Raketen an Syrien verkaufen wolle. Alles, was er zu diesem Thema äußerte, war, daß er mit Sicherheit sagen könne, daß China bisher noch nie irgendwelche Raketen an Syrien verkauft habe.

Zwar will sich Beijing nun erklärmaßen in die Abrüstungsgespräche einklinken; doch andererseits braucht es einen ständigen Devisennachschub, damit die VBA sich moderne Waffen und neueste Technologie leisten kann.

Besonders kritisch werden die Lieferungen Chinas im Raketenbereich. Die M-9-Mittelstreckenrakete hat eine

Reichweite von 600 km und würde von fast jedem arabischen Land aus Israel bedrohen. Die M-11-Rakete hat eine Reichweite von 290 km und kann rd. 800 kg Sprengstoff befördern.²⁴

Die USA, die fest entschlossen sind, dem Aufkommen "neuer Iraks" mit allen Mitteln entgegenzutreten, sehen in diesen Lieferungen eine Art Todsünde, der mit allen Maßnahmen entgegenzutreten sei, u.a. mit der Nichtgewährung der Meistbegünstigungsklausel (dazu Übersicht im vorliegenden Heft).

- Lieferungen von Atombombenmaterial? Die Frage der Lieferung atomaren Materials hat im amerikanisch-chinesischen Verhältnis Verstimmung ausgelöst, nachdem der US-Geheimdienst CIA herausgefunden haben wollte, daß China dem Staat Algerien spaltbares Material geliefert habe, das sich auch für den Bau von Kernwaffen eigne. Außerdem sei der von den Chinesen mitkonstruierte algerische Reaktor größer als er gemeinhin für rein zivile Atomforschung benötigt werde; schließlich weise der Reaktor auch keine Einrichtungen auf, die auf eine Gewinnung von Elektrizität schließen ließen. Nicht zuletzt aber befinde sich in der Nähe des Reaktors eine Flugabwehrbatterie sowjetischer Bauart.

Die USA behaupten, daß die Lieferungen Chinas gegen die Verpflichtung zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verstießen, die China bei seinem Beitritt zur International Atomic Energy Agency i.J. 1984 abgegeben habe.

Sowohl China als auch Algerien wenden sich gegen die CIA-Behauptungen: Die Volksrepublik unterstütze den nordafrikanischen Staat ausschließlich bei der Nutzung der Kernkraft für friedliche Zwecke.²⁵

Im Zusammenhang mit der Atomwaffenentwicklung im Irak kam in den USA das Gerücht auf, daß China auch dort ein Projekt für den Bau eines AKW entworfen habe. Zumindest habe es i.J. 1985/86 eine Studie für den Reaktor entworfen. Daten dafür waren vom militärischen Geheimdienst der USA zusammengetragen worden.²⁶

Mitte März 1988 hatte die Presseagentur Kuna behauptet, daß China den Iran auch mit chemischen Waffen versorge. Von der chinesischen Vertre-

tung in Kuwait war diese Meldung jedoch am 9.März "kategorisch zurückgewiesen" worden: China habe sich immer schon gegen den Einsatz und die Weiterverbreitung von chemischen Waffen ausgesprochen und halte sich selbst strikt an dieses Prinzip.²⁷

China wendet sich gegen all diese Behauptungen, die samt und sonders aus der Luft gegriffen seien. Zur Betonung seiner Haltung hat Li Peng bei seiner Nahostreise darauf Wert gelegt, daß die Forderung nach dem Verbot aller Massenvernichtungswaffen in den sechs gemeinsamen Kommuniqués, die er während seiner Reise mitunterzeichnete, festgehalten wurden. Eine Kontroll- und Untersuchungsordnung solle eingerichtet werden. Unterstützenswert sei der Vorschlag Ägyptens, im ganzen Nahen Osten eine kernwaffenfreie Zone zu errichten.

4 Verhandlungsgegenstände bei der Li Peng-Reise

4.1 Das Thema Nahostkonferenz

Die Vorstellungen zu einer Nahostkonferenz, wie sie Li Peng bei seiner Sechsländerreise immer wieder erläuterte, waren vorher bereits in mehreren Erklärungen der Öffentlichkeit unterbreitet worden.

- Am 14.März 1991 hatte die chinesische Regierung einen 5-Punkte-Friedensplan bekanntgegeben, der ihrer Ansicht nach dazu beitragen könnte, die Konflikte im Anschluß an den Golfkrieg in der Region Nahost herunterzufahren: (1) Das Nahost-Problem solle unter Verzicht auf Gewalt, d.h. auf dem Verhandlungswege gelöst werden; (2) Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO, an der die Fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats (also auch China selbst!) und alle Betroffenen teilnehmen sollten; (3) Gespräche in allen Formen, nicht zuletzt auch über einen direkten Dialog zwischen der PLO und Israel; (4) Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten, wofür im Gegenzug die Sicherheit des Judenstaates gewährleistet werden müsse; (5) Palästina und Israel sollten einander anerkennen und in friedlicher Koexistenz miteinander leben.²⁸

Die Kurden-Frage, die ähnlich "heiß" wie die Palästinenser-Frage ist, wurde bei dieser Gelegenheit wieder einmal mit keinem Wort erwähnt. Besonders peinlich für Beijing war offensichtlich die westliche Forderung nach einer Sicherheitszone für die Kurden innerhalb des Irak; würde damit doch ein Präzedenzfall geschaffen, der sich eines Tages auch gegen China richten könnte, das mit gewissen Minderheiten vor allem in Xinjiang und in Tibet ja ebenfalls seine liebe Not hat.

- Weitere Stellungnahmen waren von China ferner bei der Diskussion über die am 4.April 1991 verabschiedete Sicherheitsrats-Resolution Nr.678 eingebracht worden. Der chinesische Vertreter Li Daoyu hatte damals erklärt, China sei von Anfang an gegen eine militärische Intervention im Irak eingetreten und befürworte deshalb konsequenterweise auch den nun nötig gewordenen Waffenstillstand. Folgende sechs Punkte seien dabei zu beachten: (1) Stationierung von UNO-Beobachtern und Abzug der ausländischen Streitkräfte aus der Golfregion; (2) Verhandlungen über die Grenzfragen, vor allem zwischen Kuwait und dem Irak; (3) Schaffung einer ABC-Waffen-freien Zone in Nahost; (4) Entschädigung des Kuwait und anderer Opfer durch den Irak; (5) sofortige Beseitigung aller Restriktionen bei der Einführung von Nahrungsmitteln und anderer täglicher Bedarfsartikel in den Irak; (6) Entlassung aller Kriegsgefangenen durch den Irak.²⁹

Die Hauptrolle bei friedenserhaltenen Operationen und bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik in Nahost soll künftig bei der UNO liegen - darin ist sich Beijing mit allen Mitgliedern des Ständigen Sicherheitsausschusses einig. Seit ihrer Gründung hat die Weltorganisation zehnmal militärische Beobachter und achtmal Friedenstruppen in die Spannungsgebiete des Nahen Ostens, Afrikas, Südsiens und Zentralamerikas entsandt. Die im Juni 1948 in den Nahen Osten geschickte UNO-Kommission für Waffenstillstandsüberwachung war das erste Gremium seiner Art, das übrigens heute noch tätig ist. Angesichts dieser langen Tradition soll die UNO-Rolle auch in Zukunft fortauern. Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Resolution Nr.678 des Sicher-

heitsrats vom 3. April 1991, die eine allseitige Rüstungskontrolle in der Region fordert, und die u.a. eine UNO-Beobachtergruppe an der kuwaitisch-irakischen Grenze vorsieht, allerdings mit der Maßgabe, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der dortigen Länder einmischen darf.

Lange Zeit hatte sich China gegen die Entsendung von UNO-Truppen gewandt. Erst nach den Reformen begann es seine Haltung zu ändern und erklärte erstmals 1981 eindeutig, daß es friedenserhaltende Operationen, die dem Geist der UNO-Charta entsprechen, künftig unterstützen wolle. China zahlte gleichzeitig auch seinen Beitrag für die beiden in Nahost stationierten UNO-Friedenstruppen-Kontingente. 1988 wurde China der 34. Mitgliedsstaat der UNO-Sonderkommission für die friedenserhaltenden Operationen und entsandte 1989 zwanzig Zivilpersonen zur Teilnahme an der United Nations Assistance Group zur Kontrolle der Wahlen in Namibia. 1991 wurden zwanzig chinesische Militärs jener UNO-Beobachtergruppe zugeteilt, die an der kuwaitisch-irakischen Grenze stationiert ist.

In den Kommuniqués, die in allen sechs Ländern fast gleichlautend ausfielen, ist denn auch immer wieder davon die Rede, daß die Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz unter dem Vorsitz der UNO der beste Weg für eine Lösung der in der Region anstehenden Fragen sei. Auf der Tagesordnung müsse das Thema eines dauerhaften Friedens in der Region stehen, der allerdings nur zu erreichen sei, wenn die "besetzten arabischen Territorien" zurückgegeben würden (hier war Israel angesprochen), und wenn die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes in Übereinstimmung mit den Resolutionen Nr. 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrats wiederhergestellt würden. Israels Siedlungspolitik in den "besetzten arabischen Gebieten" sei illegal und zögere eine Friedenslösung nur hinaus.

Immer wieder auch betonte Li, daß der Schlüssel zur Lösung des Nahostproblems vor allem in der Lösung der Palästina-Frage, d.h. im Abzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten und in der Restauration der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes liege. Im Gegenzug müsse freilich - und hier kam ein konstruktives Ele-

ment ins Spiel -, garantiert werden, daß Israels Souveränität und Sicherheit ebenfalls respektiert und gewährleistet bleibe. China trage als eines der Fünf Mitglieder des Ständigen Sicherheitsausschusses eine besondere Verantwortung für die friedliche Entwicklung in Nahost.³⁰

4.2

Welche Themen wurden sonst noch angesprochen?

China und die sechs Regierungen zeigten sich bei ihren Besprechungen darüber hinaus "besorgt" über die wirtschaftliche Verschlechterung der Entwicklungsländer und die immer größer werdende Kluft zwischen Nord und Süd, die sich nicht zuletzt auch in einer wachsenden Verschuldung des Südens ausdrücke. Zwei politische Maßnahmen müßten gegen die Verschlechterung ergriffen werden, nämlich erstens eine wirksamere Süd-Süd-Zusammenarbeit und zweitens die Schaffung einer neuen Weltordnung auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Sämtliche internationalen Streitigkeiten sollten auf friedlichem Wege im Rahmen der UNO-Charta und in Übereinstimmung mit den Normen des Völkerrechts geschlichtet werden.

Bei seiner Reise spielte Li mehrere Male auch mit dem alten chinesischen Lieblingsthema, nämlich der Einheit der arabischen Völker. Spätestens das Verhalten der "arabischen Nation" während des Golfkriegs hätte der chinesischen Führung eigentlich deutlich machen sollen, daß eine solche Einheit wohl noch auf lange Zeit Utopie bleibt!

Aussagen dieser Art zeigen, daß Beijing auch weiterhin an fiktiven Vorstellungen festhält. Schon am Vorabend des Golfkriegs hatte es seiner Nahostpolitik zwei Erwartungen - und Hoffnungen - zugrunde gelegt, nämlich die These von den "wachsenden Friedenskräften" sowie die Behauptung von der "wachsenden Einheit der Völker des Nahen Ostens" (Näheres dazu C.a., Januar 1991, S. 28 f.). Seine Illusionen hätte Beijing eigentlich auch gegenüber der PLO verlieren müssen, die seit Jahrzehnten zu den Schutzbefohlenen Chinas gehörte, die sich in der Stunde der Entscheidung aber ganz auf die Seite des Irak geschlagen, und die auch für die Forderungen Chinas nach einem Rückzug des Irak aus Kuwait ein taubes Ohr gezeigt hatte.

Mehrere Male auf seiner Reise wies Li auch darauf hin, daß die Veränderungen in Südafrika von China inzwischen positiv eingeschätzt würden: Namibia habe die Unabhängigkeit gewonnen, in Angola sei eine Friedensvereinbarung unterzeichnet worden, und außerdem seien Anstalten im Gange, die Apartheidpolitik abzuschaffen. Lis Gesprächspartner stimmten dieser Feststellung zu.

4.3

Das Gesprächsprogramm in den einzelnen Ländern

Ägypten, das Land mit dem wohl größten Einfluß im Nahen Osten und in Afrika, war, wie schon bei früheren Missionen, wiederum die erste Station der Nahostreise. Li Peng erwiderte mit seinem Besuch die Visite von Staatspräsident Mubarak vom Mai 1990. Bereits 1986 hatte Li - damals noch als Stellvertretender Ministerpräsident - das Land am Nil besucht.

Eines der wichtigsten Gesprächsthemen war neben dem Nahost-Problem als solchem und neben den bilateralen Beziehungen die Frage einer Kontrolle der Waffenlieferungen an die Staaten der Region.

Bereits in Kairo fand Li Peng eine gemeinsame Sprachregelung mit Mubarak, daß nämlich eine wirksame Waffenkontrolle nur als Bestandteil einer regionalen Friedensregelung erreicht werden könne.

Auf einer Pressekonferenz in Kairo auch wies Li darauf hin, daß sein Land bei den Rüstungskontrollgesprächen zwischen den Fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats eine "sehr positive Haltung" einnehmen wolle.

Zum Abschluß besuchte Li noch die Pyramiden.³¹

In *Jordanien*, das während des Golfkriegs eine besonders ambivalente Rolle gespielt hatte, hielt Li sich zwei Tage auf. Es war die zweite Station seiner Reise.

Hier auch verkündete ein Sprecher Li Pengs bei einer Pressekonferenz, daß China drei Grundsätze beim Waffenverkauf einhalten wolle: (1) China wolle nur solche Länder beliefern, die die Waffen zur Selbstverteidigung bräuchten, (2) es werde bei seinen Lieferungen Rücksicht auf das Gleichgewicht in der jeweiligen Region nehmen und

(3) es werde seine Waffenverkäufe nicht dazu nutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen.³²

Während Lis Besuch in Jordanien wurde ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen war das erste seiner Art seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im April 1977.³³ China und Saudi-Arabien wollen in nächster Zeit ebenfalls Abkommen über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Investitionen und Technologie schließen.

Vom 7. bis 9. Juli, also drei Tage, war Li im Iran, der ja bekanntlich schon seit den Zeiten des Schah mit zu den von China am meisten umworbenen Staaten der Region gehört. Die Beziehungen zum Iran sind nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Gründen interessant. China exportiert dorthin hauptsächlich Maschinen, Metalle, mineralische Produkte, Leichtindustrieprodukte und Chemierzeugnisse, während es umgekehrt seinen Rohölimportbedarf zu 80% aus persischem Petroleum deckt. Nicht ohne Grund auch erhofft sich China hier weitere Milliardenaufträge. Der Iran braucht beim Wiederaufbau ausländische Hilfe.

Im Kommuniqué von Teheran war besonders ausführlich von der Neuen Wirtschaftlichen Weltordnung die Rede. Ihre Grundlage sollen sein: Gerechtigkeit, Vernunft, Gleichheit, gegenseitige Interessen und Gleichgewicht in den Handelsbeziehungen. Durch diese Prinzipien solle das derzeitige ungerechte internationale Wirtschaftssystem abgelöst werden.

In Anwesenheit Lis wurde ein "kulturelles Austauschprogramm" für die Jahre 1991/92 unterzeichnet, das nicht nur Kultur, Kunst und Wissenschaft sowie Erziehung, sondern auch Gesundheit, Soziales, Sport und Medien umfaßt.³⁴

Zum Abschluß besuchte Li die heilige Stadt Isfahan³⁵ und hatte dort Gespräche mit Staatspräsident Rafsanjani und dem Obersten Führer Khamenei.³⁶

Was Saudi-Arabien, die vierte Station, anbelangt, so war Li Peng der erste chinesische Ministerpräsident, der in dieses Land kam. Nachdem Jiddah erst

im Juli 1990 die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen und sein Verhältnis zu Beijing normalisiert hatte, gab es hier noch Neuland zu beackern.

In Jiddah traf Li Peng auch mit dem saudiarabischen König zusammen.³⁷ Li hat ihn vermutlich darauf hingewiesen, daß der Islam nach den Verfolgungen während der Kulturrevolution in der Zwischenzeit wieder eine bevorzugte Stellung unter den Religionen der Volksrepublik einnimmt. Mehrere hundert Moscheen und zwei Koranschulen wurden in der Zwischenzeit wiedereröffnet. Zum ersten Mal durften auch wieder chinesische Pilger nach Mekka reisen.

Auch dürfte Li die Führung darüber aufgeklärt haben, daß China heute eine Macht ohne ideologischen Ehrgeiz ist. Dies war nötig, da die Volksrepublik bis in die Mitte der 70er Jahre hinein finanziell und waffentechnisch eine Guerilla unterstützt hatte, die den Sultan von Oman stürzen wollte. Ebenso hatte Beijing dem marxistischen Regime in Südjemen unter die Arme gegriffen. Auch dürfte Li daran erinnert haben, daß Saudi-Arabien und China stillschweigend Partner bei der Unterstützung der afghanischen Rebellen gegen das von Moskau unterstützte Regime von Kabul waren.

Bei den Gesprächen in Jiddah erwähnte Li beifällig die arabische Gipfelkonferenz von 1981 in Fez, bei der König Fahd jenen 8-Punkte-Plan für die Lösung der Nahost-Frage unterbreitet habe, der auch heute noch bedeutend sei.³⁸ U.a. hatte der Plan auch das Existenzrecht Israels vorgeschlagen - für die damalige Zeit ein immerhin kühnes Unterfangen!

Li brachte auch die Hoffnung Beijings auf intensivere wirtschaftliche Beziehungen zum Ausdruck.³⁹

Trotz der Tatsache, daß zum ersten Mal ein chinesischer Premier nach Saudi-Arabien kam, und daß dieser Besuch fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgte, fiel das gemeinsame Kommuniqué vom 11. Juli mit am nichtssagendsten unter all den sechs Kommuniqués aus und war auch wesentlich wortkarger abgefaßt als die anderen.⁴⁰

Fünfte Station der Reise war *Syrien*, das bislang noch von keinem einzigen chinesischen Politiker im Range eines Ministerpräsidenten besucht worden war. Anfang 1991 allerdings hatte Qiao Shi, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, dem Land die Ehre erwiesen.

Lyrisch verwies Li Peng auf die "Seidenstraße", die die Völker von China und Syrien schon vor über 2.000 Jahren miteinander verbunden hätten. Syrien gehöre auch mit zu den Ländern, die am frühesten diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen hätten, nämlich 1956.⁴¹ In der Tat waren nur Afghanistan (1955) und Ägypten (1956) früher an der Reihe gewesen. Es folgten im gleichen Jahr Syrien und Jemen, 1958 der Iran, Marokko und der Sudan. Dann dauerte es bis 1962, ehe Algerien und andere "Nachzügler" an die Reihe kamen.

An den Golan-Höhen ließ sich Li über die strategische Lage unterrichten.⁴² Im gemeinsamen chinesisch-syrischen Kommuniqué hieß es dann auch, daß Israel sich u.a. auch von den seit 1967 besetzten "syrischen" Golan-Höhen zurückziehen müsse.⁴³

Die Rundreise Lis endete in *Kuwait*, wo der Ministerpräsident einen Tag verbrachte und u.a. auch einige der Brandstellen besuchte, an denen seit dem 23. März 1991 chinesische Feuerbekämpfungsspezialisten im Einsatz sind.⁴⁴

In Kuwait erklärte Li Peng, China wolle sich am Wiederaufbau des Landes beteiligen. Hier wurde u.a. ein Abkommen über Mithilfe chinesischer Fachleute an Löscharbeiten in den Erdölfeldern unterzeichnet.

4.4

China - ein Freund der nahöstlichen Länder?

Alles in allem wußte der zu Hause so unpopuläre Ministerpräsident außenpolitisch auch diesmal geschickt zu agieren. Auch bei seiner anstrengenden Nahostreise hat er die chinesische Sache mit Würde und Glaubhaftigkeit verfochten - zumindest hinterließ er bei seinen Gesprächspartnern einen guten Eindruck. So war es nicht übertrieben, wenn er zum Abschluß seiner Reise betonte, daß sein Besuch die "Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen China und den sechs Ländern vertieft" habe.⁴⁵

China bietet nicht nur Lösungen an, sondern schafft auch Probleme, weil es in der Rechten den Palmzweig des Friedens, in der Linken aber ein ganzes Bündel von Waffen darbietet. Allzulange auch hat es kriegerischen Kontrahenten in Nahost zur gleichen Zeit Waffen geliefert und so auf makabre Weise seine drei "Prinzipien" verwirklicht, nämlich Waffen nur zum Zweck der Selbstverteidigung zu liefern, niemals die regionale Waffenbalance zu beeinträchtigen und sich davor zu hüten, mit Hilfe der Waffenverkäufe Einfluß auf die inneren Angelegenheiten der Kombattanten zu nehmen.

War - und ist - China also hilfsbereit oder nur zynisch? Ganz gewiß ist es für die nahöstlichen Länder ein Freund, vor dem man sich in Acht zu nehmen hat.

Anmerkungen

- 1) XNA, 3.4.91.
- 2) XNA, 25.4.91.
- 3) XNA, 24.4.91.
- 4) Dazu XNA, 12.7.91.
- 5) XNA, 12.7.91.
- 6) RMRB, 15.11.90.
- 7) Nach Angaben der Washington Post, 29.5.88.
- 8) FT, 22.4.88.
- 9) XNA, 28.3.91.
- 10) SCMP, 31.7.91.
- 11) XNA, 12., 13., 25. und 26.4.91.
- 12) 31.5.1991.
- 13) XNA, 28.5.91.
- 14) XNA, 28.5.91.
- 15) Dazu SCMP, 21.6.91.
- 16) XNA, 27.3.91.
- 17) XNA, 27.3.91.
- 18) XNA nach SWB, 4.3.91.
- 19) 22.3.91.
- 20) XNA, 14.7.91.
- 21) XNA, 10.7.91.
- 22) Newsweek, 4.7.88.
- 23) C.a., April 1991, Ü 1.
- 24) SCMP, 23.6.91.
- 25) XNA, 15.4.91; C.a., April 1991, Ü 6.
- 26) SZ, 3.7.91.
- 27) Kuna in SWB, 22.3.88.
- 28) Dazu C.a., März 1991, Ü 5.
- 29) XNA, 5.4.91.
- 30) XNA, 15.7.91.
- 31) XNA, 4.7.91.
- 32) XNA, 5.7.91.
- 33) XNA, 8.7.91.
- 34) XNA, 9.7.91.
- 35) XNA, 10.7.91.
- 36) XNA, 10.7.91.
- 37) XNA, 11.7.91.
- 38) XNA, 11.7.91.
- 39) XNA, 11.7.91.
- 40) XNA, 12.7.91.
- 41) XNA, 13.7.91.
- 42) XNA, 14.7.91.
- 43) XNA, 15.7.91.
- 44) Dazu C.a., April 1991, Ü 5; vgl. auch XNA, 15.7.91.
- 45) XNA, 3.7.91.

Oskar Weggel

Südchina: Hort des Widerstands gegen Beijing (4. Teil)

Ansätze zu wirtschaftlicher Entkoppelung

Gliederung:

Vorspann

1 "Entkoppelung"

1.1

Drei Grundtendenzen in der modernen Staatenwelt: Demokratisierung, Ökonomisierung - und Regionalisierung

1.2

Die Regionalisierungstendenz in Südchina

1.3

Regionalisierung führt auch zur Konkurrenz zwischen den Provinzen

2

Worin die Entkoppelung besteht und warum sie möglich ist

2.1

Der einsame sozioökonomische Vorsprung Südostchinas

2.2

Warum die Entfusionierung?

2.2.1

Strukturgewinn aus der Bodenreform

2.2.2

Öffnungspolitik

2.2.3

Hongkong als Schwingtür

2.2.4

Ausländisches Interesse und Interesse am Ausland

3

Kann Beijing die Entkoppelung verhindern?

3.1

Der konservative Gegenwind

3.2

Welche Mittel kann Beijing gegen die Abkapselung einsetzen?

3.2.1

Einsatz von Machtmitteln?

3.2.2

Strukturpolitische Möglichkeiten der Gegensteuerung?

3.2.2.1

Regionalpolitischer Widerspruch Nr.1: Schwanken zwischen wirtschaftlicher und sozialer Orientierung

3.2.2.2

Widerspruch Nr.2: Zwischen fiktiver Zentralstaatlichkeit und pragmatischer Regionalpolitik

3.2.2.3

Widerspruch Nr.3: Zwischen regionalbezogener Struktur- und zentralistischer Machtpolitik

3.2.3

Finanzpolitische Disziplinierungsmöglichkeiten?

3.2.3.1

Fünf Finanz-Aufteilungsmodelle

3.2.3.2

Steuern und Steuereinzahlung

3.2.3.3

Aushandeln von Abgabesätzen

Vorspann

Im 1. Teil der "Südchina"-Serie wurde der im offiziellen chinesischen Verständnis tabuisierte Gegensatz zwischen Nord und Süd aus *historischer* Perspektive dargestellt. Dieser vertikal (geschichtlich) orientierten Beschreibung folgte im 2. Teil eine horizontale Dimensionierung, wobei vor allem kulturelle - und auch einige wirtschaftliche - Gesichtspunkte im Vordergrund standen. Der 3. Teil galt der Suche nach einem "südlichen" Wertesystem, das irgendwo in der Mitte zwischen nördlicher Tradition und dem extrem "südlichen", z.T. schon unter westlichem Einfluß stehenden Sonderfall Hongkong angesiedelt ist.

Im 4. Teil geht es nun darum, regionalistischen Schwerpunktverlagerungen nachzugehen, wie sie sich mit Blick auf die Zukunft schon heute abzeichnen beginnen. Es soll also vor allem von den zentrifugalen Tendenzen Südchinas die Rede sein.